Dieses Dokument ist lizenziert für WHU Vallendar, u437191j.
Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Download vom 05.08.2025 15:21 von https://www.faz-biblionet.de.

Die EU muss Europas Banken von den Fesseln der Regulierung lösen

Von Markus Rudolf

Europa braucht dringend eine Kehrtwende in der Bankenunion: Um die Banken wieder global wettbewerbsfähig zu machen, muss die EU mehr Risiken erlauben und weniger regulieren. Es ist die Geschichte eines enormen Bedeutungsverlusts: Noch in den Neunziger- und Nullerjahren zählten europäische Banken gemessen an der Marktkapitalisierung zu den globalen Champions. US-Banken spielten dagegen kaum eine Rolle. Doch in den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Vorzeichen komplett gedreht: Heute dominieren US-Banken den Weltmarkt, und europäische Banken wurden marginalisiert: 1990 war Barclays mit einer Marktkapitalisierung von zehn Milliarden US-Dollar die wertvollste Bank, heute führt J.P. Morgan Chase mit rund 800 Milliarden US-Dollar. Die Deutsche Bank erreichte 2000 mit über 160 Milliarden US-Dollar ihren Höchstwert, aber liegt heute bei 50 Milliarden US-Dollar.

Wie konnte das passieren? Und was muss Europa tun, damit seine Banken wieder vorne mitspielen können?

Ein Blick in die Geschichtsbücher ist zur Ursachenforschung hilfreich. Im Jahr 1999 schaffen die USA den Glass-Steagall Act von 1933 ab, der bisher das Investment- vom Kreditgeschäft trennte. Als Ergebnis bildeten sich in den USA sogenannte Universalbanken heraus, deren Existenz zwei Effekte hatte: Erstens steigerte sich der Wert dieser neu geformten Geldhäuser enorm, sodass sich unter den wertvollsten Banken der Welt heute ausschließlich US-amerikanische und chinesische Institute finden. Zweitens sehen manche Experten die Aufhebung der Trennung von Investment- und Kommerzbankgeschäft als einen Verstärker der Finanzkrise von 2007 an.

Europa und die USA reagierten diametral entgegengesetzt nach der Finanzkrise. Während die USA die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Banken stärkten, taten die Europäer das Gegenteil und verschärften damit den Bedeutungsverlust ihrer Banken: Sie erhöhten die Eigenkapitalanforderungen massiv und regulierten den Finanzsektor darüber hinaus extrem stark. Das mag das Risiko eines Zusammenbruchs senken, schränkt aber die Geschäftsmöglichkeiten ein. Dass hohe Eigenkapitalquoten allein keine Stabilität garantieren, zeigte der Kollaps der Credit Suisse 2024: Sie scheiterte am Vertrauensverlust, nicht am Eigenkapital.

Während also die Amerikaner weiter auf Wachstum im Bankenmarkt setzten, führte Europa aus Angst vor systemischen Risiken eine wachstumsfeindliche Regulierung ein. Zwar wurden 2010 erste Bausteine für eine Bankenunion gelegt, wie die EZB-Aufsicht für systemrelevante Banken. Diese konzentrierte sich aber größtenteils auf strengere Vorschriften; was bis heute fehlt, ist ein einheitlicher europäischer Markt für Banken. Wir haben zwar eine grenzenlose Regulierung, aber keine grenzenlosen Geschäftsmöglichkeiten für Banken. Verbote gelten europaweit, aber Geschäftsmöglichkeiten gibt es weitgehend nur national. Das bremst die Banken aus.

Hier kommen die nationalen Regierungen ins Spiel. Da es keinen globalen europäischen Markt gibt, müssen sie ihre nationalen Champions schützen, um die Versorgung für die heimische Wirtschaft zu sichern. Dadurch wurden europäische Banken so schwach, dass eine Übernahme durch eine US-Bank denkbar erscheint. J.P. Morgan Chase könnte die Deutsche Bank mit einem einzigen Jahresgewinn kaufen. In ganz Europa beobachtet man derzeit eine Welle von Bankübernahmen, bei denen Regierungen massiv eingreifen – zumeist zum Nachteil der Bankensysteme. So ordnete nach dem Niedergang der Credit Suisse 2024 die Schweizer Regierung zum Schutz des Finanzplatzes Schweiz die Übernahme durch die UBS an. Doch auch die UBS ist im internationalen Vergleich klein und stellt für den schweizerischen Kapitalmarkt ein systemisches Risiko dar. Die UBS bräuchte den gesamten europäischen Kapitalmarkt und nicht nur ihren nationalen Markt, um wettbewerbsfähig zu werden.

> Staatlicher Interventionismus ist ein hilfloser Versuch, den nationalen Ausverkauf von Banken aufzuhalten.

In Deutschland versucht die Unicredit, ihren Anteil an der Commerzbank weiter zu erhöhen, zuletzt auf 20 Prozent. Die Bundesregierung reagierte prompt und forderte, die als feindlich gesehene Übernahme nicht weiterzuverfolgen – entgegen der EZB, die grenzüberschreitende Champions befürwortet. In Spanien erschwert die Regierung die Übernahme der Banco Sabadell durch die BBVA trotz Genehmigung durch Wettbewerbsbehörde und Zentralbank. Sie verlangt unter anderem eine dreijährige Integrationspause, was die Attraktivität der Transaktion für die BBVA erheblich mindert.

Und in Italien versucht die staatlich gestützte Banca Monte dei Paschi di Siena (MPS), die wesentlich größere Mediobanca zu übernehmen. Das Ziel: ein dritter italienischer Banken-Champion – um die Assicurazioni Generali herum – neben der Unicredit und der Intesa Sanpaolo. Die Mediobanca wehrt sich und will ihre Beteiligung an der Assicurazioni Generali in Anteile der Banca Generali tauschen. Das offizielle Ziel besteht zwar darin, einen großen Wealth Manager mit Synergiepotentialen zu schaffen. Inoffiziell dürfte jedoch die Entkopplung der Generali von der Mediobanca ebenso schwer wiegen. Denn das eigentliche Interesse der Regierung scheint zu sein, Einfluss auf Generali zu gewinnen. Für dieses Ziel hat sich der italienische Staat mit den einflussreichen Investoren Delfin und Caltagirone verbündet. Die Mediobanca-Initiative wird deshalb als „Giftpille“ interpretiert.

Die italienische Regierung hat es nun sogar geschafft, eine weitere inneritalienische Übernahme erfolgreich zu verhindern: die angestrebte Übernahme der Banco BPM SpA durch die Unicredit. Die EU ging gegen die restriktiven Bedingungen Italiens vor. Nachdem die Regierung an strikten Auflagen für den Deal festhielt und damit sogar eine Rüge der EU ignorierte, zog Unicredit-Vorstandschef Andrea Orcel schließlich das Angebot an die BPM-Aktionäre zurück.

Diese Fälle zeigen, dass nationale Interessen die europäische Bankenstruktur prägen und wirtschaftlicher Logik widersprechen. Die Einmischung der Regierungen ist eine Reaktion auf die strukturelle Schwäche der Banken. Diese wiederum ist Resultat eines unvollendeten europäischen Kapitalmarktes. Eine Bankenunion, die nur auf Regulierung setzt, ohne einen echten Markt zu schaffen, fesselt die Banken, ohne ihnen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Die Lösung liegt in einer weniger restriktiven Regulierung und der Vereinheitlichung der Marktchancen der Banken.

Der aktuelle staatliche Interventionismus ist ein hilfloser Versuch, den nationalen Ausverkauf von Banken aufzuhalten. Solange es keinen einheitlichen, europäischen Banken- und Kapitalmarkt gibt, werden nationale Champions international weiterhin an Bedeutung verlieren. Sobald ein Player von außerhalb der EU eine europäische Bank übernehmen möchte, sind auch die nationalen Champions vollkommen wehrlos. Europa muss sein Bankenwesen wieder wettbewerbsfähig machen und mehr Risiken akzeptieren, um europäische Champions zu schaffen.

Nur so besteht eine Chance, die nationale Volkswirtschaft mit dem Kapital europäischer Banken zu versorgen. Ein Merger aus Commerzbank und Unicredit, vielleicht auch ein Zusammenschluss von Mediobanca und Banca Generali macht genau dann Sinn, wenn deren Geschäftsmöglichkeiten europäisch sind. Der Zusammenschluss zwischen MPS und Mediobanca wäre ein hilfloser und ungeeigneter Versuch der italienischen Regierung, das Finanzsystem in Italien zu stärken. Wenn europäische Banken nicht schnell wettbewerbsfähig werden, dann wird auch massive staatliche Intervention einen Ausverkauf der heimischen Banken sogar an Player außerhalb der EU nicht verhindern.

Markus Rudolf ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwirtschaft an der WHU – Otto Beisheim School of Management.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
30.07.2025, Finanzen, Seite 25

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2025.
Alle Rechte vorbehalten.
Frankfurter Allgemeine ARCHIV